

## **Erklärung der BA-Fraktion in der Ratssitzung vom 17.12.2014 zu den Satzungsbeschlüssen zur 46. Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans Nr. 254 für den Bereich Kunibertstraße/ Lindenstraße/ Am Lindengarten/ Am Wiedenhof - Tagesordnungspunkte 3.3 und 3.4**

Zu groß, zu dicht, zu viel (auch zu viele Menschen) - damit lässt sich aus Sicht der Bürgeraktion die Planung beschreiben, die der Flächennutzungsplanänderung und dem Bebauungsplan 254 für den Bereich Kunibertstraße/Lindenstraße/Am Lindengarten/Am Wiedenhof zugrunde liegt.

Dabei hatte am 18. November 2010 - also vor vier Jahren - erstmalig mit einer Bürgerdiskussionsveranstaltung alles so positiv angefangen. Viele Bürger beteiligten sich damals daran. Die Vorschläge reichten bis zu konkreten Entwürfen. Dies schien ein guter Ansatz: Je stärker Menschen an der Entwicklung ihrer Stadt und der Gestaltung ihres Wohnumfelds mitgewirkt haben, desto besser entspricht das Gebaute ihren Bedürfnissen, desto stärker identifizieren sie sich damit, desto besser gehen sie damit um und desto länger und nachhaltiger bestehen die Bauten. Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung stärken Identität und Identifikation. Stadtentwicklung ist wichtig, um eine Umwelt zu schaffen, die als lebenswert empfunden wird.

Das Projekt "Albert-Schweitzer-Schule" sollte Modellcharakter bekommen. Auch die Bürgeraktion erklärte sich mit einer moderaten Bebauung durchaus einverstanden. Viele Teilnehmer gingen damals mit dem guten Gefühl nach Hause, etwas Konstruktives zur Entwicklung ihrer Stadt beigetragen zu haben.

Was ist am Ende des Planungsprozesses, vier Jahre später, daraus geworden?  
Wenn man heute auf der Straße Menschen rund um das Projektareal danach fragt, hat sich Ernüchterung breit gemacht, ist dem damaligen Optimismus Enttäuschung und Wut gefolgt. Viele Bürger fühlen sich getäuscht. Weil von ihren damaligen Vorschlägen und Anregungen so gut wie nichts übrig geblieben ist.

### **145 Wohneinheiten: Zuerst Fiktion, jetzt reale Größe**

An die Stelle ihrer Vorschläge ist ein Architektenwettbewerb weitestgehend ohne Vorgaben getreten. Ohne Vorgaben, weil die sich beteiligenden Architekten nach dem Willen der Verwaltung und der Ratsmehrheit nicht gebunden werden sollten, frei sein sollten in ihren Entwürfen.

Das Ergebnis: Eine überwiegend extern besetzte Jury favorisiert eine Bebauung mit 145 Wohneinheiten, dem große Teile des Freiraums und des Baumbestands geopfert werden.

Jahrelang geriet fortan diese magische Zahl von 145 Wohnungen zum Streitpunkt. Während sie einigen, vor allem der Bürgeraktion, unter Hinweis auf das Strategische Stadtentwicklungskonzept erheblich zu hoch war, wollten sie andere nur als unverbindliche, nicht ernst zu nehmende Fiktion verstanden wissen. Auch die Rheinische Post titelte am 13.06.2013 in einem Kommentar "Weniger ist sicher mehr". Der Titel war gemünzt auf die 145 Wohneinheiten. Solche Kritik wurde jedoch immer wieder beiseite gewischt. Noch am 10.07.2013 erklärte Frau Alkenings im Rat, "die in den Planungen genannte Anzahl von Wohneinheiten (145) sei nicht die Anzahl der tatsächlich zu schaffenden Wohneinheiten, sondern vielmehr eine Berechnungsgrundlage und ein Rahmen, mit dem man nun in die

formelle Phase der Bürgerbeteiligung einsteigen wolle" (Niederschrift der Ratssitzung vom 10.07.2013).

Heute wissen wir: Was jahrelang als Fiktion galt, hat sich als Täuschung erwiesen und ist bittere Realität geworden. Ich kenne kein Ratsmitglied, dass in der Vergangenheit 145 Wohneinheiten gerechtfertigt hätte, im Gegenteil - alle haben sich wortreich distanziert: Das sei noch nicht so weit, konkrete Zahlen gebe es nicht, das sei völlig unverbindlich, eine gegriffene Planzahl. In der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 19.11.2014 hat Herr Groll für das Planungsamt an die Adresse aller vermeintlich Gutgläubigen jeden Zweifel ausgeräumt: "Das ganze Gelände ist unverändert auf 145 Wohneinheiten ausgelegt." Das Vermarktungskonzept bestätigt dieses Planziel. Viele Kolleginnen und Kollegen im Rat müssten sich daraufhin eigentlich die Augen reiben, weil in diesen Reihen von anderen Voraussetzungen ausgegangen wurde. Aber jetzt gilt das Prinzip - der BUND hat völlig recht: "Augen zu und durch!"

### **Bauwut: Schlecht für die Stadt und ihre Lebensqualität**

Gerechtfertigt wird das Ganze mit dem Ruf nach mehr Wohnraum, nach preiswerten Wohnungen. Natürlich brauchen wir Wohnraum. Aber dafür gäbe es in der Stadtentwicklung eine ganze Werkzeugkiste voll kreativer Möglichkeiten, ohne dabei "Bauwut pur" zu praktizieren und als Ergebnis "Living in a box" zu akzeptieren. Angesichts dieser miserablen Planung muss man sich fragen: Sind wir wirklich so am Ende, dass man in einer bereits hochverdichteten Mittelstadt so etwas planen muss? Warum kommen nicht innenstadtnahe Alternativen in Betracht, die sich zeitnah abzeichnen?

Wenn es nicht so folgenswer wäre, müsste man lachen. Aber das Lachen bleibt mir im Halse stecken.

Meine Damen und Herren, wir müssen aus Verantwortung vor künftigen Generationen mit nicht vermehrbaren Ressourcen schonend umgehen: Das gilt in besonderem Maße für die nicht reproduzierbare Ressource "Freiflächen". Die Aufgabenstellung lautet: Wie gelingt die Balance zwischen Arbeit, Wohnen, Erholung und Privatleben, um die Attraktivität der Stadt zu erhalten. Bereits jetzt sind viele Bürger der Meinung: "Hilden hat an Charakter verloren!" Menschen, denen es zu eng wird in Hilden, ziehen hier weg. Die Bürgeraktion hält den mit der Planung "Albert-Schweitzer-Schule" eingeschlagenen Weg für falsch. Der Weg ist falsch und im Ergebnis schlecht für die ganze Stadt und ihre Lebensqualität.

Die Hildener werden teuer für diese falsche Politik der Ratsmehrheit aus SPD, CDU, Grünen und FDP zahlen.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung ist im Vorfeld der heutigen Sitzung als "wegweisend" für die Zukunft bezeichnet worden. Daraus erwächst für jedes Ratsmitglied in besonderem Maße Verantwortung. Jedes Ratsmitglied sollte sich bei den Abstimmungen der Tragweite und seiner persönlichen Verantwortung für die bauliche Entwicklung und die Stadtbildpflege bewusst werden. Ich beantrage daher für meine Fraktion namentliche Abstimmung für die Tagesordnungspunkte 3.3 und 3.4.

gez. Ludger Reffgen  
Fraktionsvorsitzender

